

roter

6/2009



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

## Inhalt

- Krisenlasten
- Stützeempfänger Porsche
- Fritz und die Personalgespräche
- Gezerre um Opel
- Kriegskosten
- Weiter mit Aktionen

[www.roter-kaefer.de](http://www.roter-kaefer.de)

# Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Wir meinen, das gilt auch für Porsche. Nach Angaben der Vorstände Wiedeking und Härter ist Porsche zwar kein Sanierungsfall, die Eigentümerfamilien scheinen das allerdings anders zu sehen. Auch wenn sie es so ganz genau nicht wissen. Und Geld von Volkswagen und vom Staat wollen sie trotzdem. Wenn die Aktionärsfamilien Piech und Porsche Geld verlieren, was geht uns das an? Um Härter und Wiedeking müssen wir uns eh nicht kümmern. Auch sie sind Millionäre und ihre Angriffe auf unsere Standards bei VW und gegen das VW-Gesetz sind nicht vergessen. Ein integrierter Konzern, was ist das? Volkswagen ist ein Konzern, der bereits Marken und Standorte in aller Welt integriert hat. So viele Fragen, so viele Spekulationen; für die Presse, die um Themen und Schlagzeilen kämpft, ein Glücksfall. Wir wollen uns daran nicht beteiligen.

Wir Kommunisten fragen stets:

### Wem nützt es?

Oder anders: die Belegschaften von VW und Porsche und ihre Betriebsräte samt

Gewerkschaft IG Metall sollten sich auf ihre Interessen konzentrieren und dafür kämpfen! Und das sind andere als die der Eigentümer und Aktionäre. Partielle Interessenüberschneidungen mit dem Kapital kann und soll man nutzen, aber nicht der Illusion verfallen: wir sitzen alle in einem Boot. Wenn Dr. Piech eben eine saubere Linie fährt, was die Aufklärung der Verbindlichkeiten von Porsche angeht und keinen Kapitalabfluss an Porsche will, wenn er die Mitbestimmung akzeptiert und die Leistungen der VW-Belegschaft achtet, ist das in Ordnung. Aber wenn es an seine eigenen Milliarden geht, ergeben sich andere Interessen!

### Was sind unsere Interessen?

- Verteidigung des VW-Gesetzes und seine Ausweitung (als neues Mitbestimmungsgesetz)
- Aufstockung des öffentlichen Anteils an VW auf 25% ( da kann z.B. auch Hessen oder der Bund einsteigen)
- Keine weitere Vernichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. - Dazu zählen auch die von Leiharbeitern! Die

im Tarifvertrag von 2004 vereinbarte Zahl von 99.000 Arbeitsverhältnissen ist längst unterschritten!

- Neue, zukunftsfähige Produkte auch über den Automobilbau hinaus
- Sicherung der Liquidität von VW – keine „Sanierung“ von Eigentümerfamilien und Aktionären von Porsche. Die Zocker sollen selbst zahlen!
- Eine kräftige Lohnerhöhung zur Schaffung dringend benötigter Kaufkraft
- Gute Arbeit, die uns gesund in Rente gehen lässt
- Rücknahme der „Rente mit 67“ – Weitere Altersteilzeit
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich - zurück zur 28,8 oder 30-Stundenwoche (allerdings auf Branchenebene und Europaweit!)
- Entwicklung von neuen Mobilitäts- und Umstiegskonzepten zu alternativer Produktion. Dafür muss der öffentliche Einfluss genutzt werden. Das Geld dazu ist aus den Profiten der letzten Jahre und von den Millionärs- und Milliardärsfamilien zu holen.



[www.kommunisten.eu](http://www.kommunisten.eu)

# Porsche - Stützeempfänger des Jahres

Fusionen sind oft nichts anderes als verkappte Pleiten. Porsche-Chef Wendelin Wiedeking „Die meisten Firmen, die staatliche Hilfe bekamen, waren früher oder später pleite“ war einer seiner Sprüche – scheint Porsche im Casinokapitalismus verzockt zu haben. In Zeiten, als die Banken noch Kredit-Milliarden ohne Sicherheiten herausrückten, wollte Wiedeking damit den vielfach größeren VW-Konzern schlucken. Das hätte fast geklappt, doch die Krise deckte auf, was von vorneherein Schwindel und Betrug war.

Nun wollen die Banken ihr Geld zurück und Sicherheiten dazu. Vom sicheren Plätzchen unter dem Rettungsschirm un-

serer Steuermilliarden haben die Bankmanager die Porsche AG und ihren Chef „ne Nummer kleiner“ gemacht. Sie haben nicht vergessen, dass sich die Porsche-AG mit ihrem Geld auf ihr ureigenes Terrain gewagt hat: Geld verleihen und Termin-Geschäfte mit Aktien! Wie es um Porsche wirklich steht ist spätestens klar, seit Ex-Superman Wiedeking bei der Bundesregierung leise weinend um Staatsknete nachfragte und selbst VW mit einem Überbrückungskredit von 700 Millionen eingreifen musste.

Schlimm ist es, wenn sich Gewerkschafter dazu hergeben, die machtpolitischen Winkelzüge der Multimillionäre zu befördern, wie Betriebsratsvorsitzender U.

Hück von Porsche. Auf einer Protestkundgebung gegen Ferdinand Piëch warf er diesem vor, die Eigenständigkeit Porsches zu gefährden – als ob diese nicht durch zügellose Spekulation der eigenen Führung verspielt worden ist.

Die Betriebsräte beider Konzerne und die IG Metall-Führung sollten ein gemeinsames Konzept zur aktuell geplanten Fusion entwickeln. Darin sollte die Forderung nach dem „VW-Gesetz für alle“ im Vordergrund stehen und als weiteres Ziel, die Automobilkonzerne zu Mobilitätskonzernen umzubauen, denn Arbeitsplatzabbau und Pleiten – und zwar nicht nur verkappte – drohen schließlich der gesamten Branche.



Exklusiv für Sie – Sichern Sie sich jetzt



Anzeige aus einer „Rabatt“-Aktion der Leiharbeitsfirma S & F aus Olpe

## Moderner Sklavenhandel

Gegen soviel Menschenverachtung hilft nur eines: Verbot der Leiharbeit! Sie ist nicht aus ihrer Schmutzdecke herauszuholen und in Krisenzeiten zeigt sich, was solche Arbeitsverhältnisse wert sind: Nichts! Das gilt auch für Volkswagen!



### Fritz und die Personalgespräche

Neulich in der Kantine war es ganz schön lebhaft: „Habt ihr gehört, dass bei Daimler in Bremen in einer Abteilung die Kranken systematisch ausgeschnüffelt worden sind?“ fragt Gabi in die Runde. „Nicht nur in einer Abteilung, fast im ganzen Bremer Werk sind illegale Krankenordner angelegt worden. Die haben mit den Rückkehrgesprächen richtig Druck gemacht, jetzt droht Daimler sogar ein Bußgeld“, meint Henner dazu. „Egal, ob Lidl, Bahn, Telekom, Daimler, Deutsche Bank - die scheren sich doch alle nicht um Datenschutz und Arbeitsrecht,

wenn sie was gegen uns suchen“ ist sich Bernd sicher. „Das wäre bei uns gar nicht möglich“, entgegnet Rolf, „das ist alles mit dem Betriebsrat geregelt. Da kann jeder beim Meister frei und ohne Sorgen reden“. „Ich weiss nur, dass die Betroffenen diese Gespräche auch als Druck und Bedrohung empfinden, genauso wie die Gespräche vor dem Personalausschuss“, wiederholt Gabi zweifelnd, „und was mit den Unterlagen beim Meister passiert, weiss ich auch nicht!“ „Überhaupt scheinen die Personalgespräche nicht ordentlich abzulaufen“ ergänzt Horst. „Was ich da von den Kollegen des Komponenten-Werkzeugbau höre, mag ich gar nicht glauben. Das Konzept, was uns vom Betriebsrat vorgestellt worden ist, klingt ganz vernünftig!“

Na ja, Selbst- und Fremdbild fallen manchmal sehr weit auseinander. Aber um Missbrauch und Schikanen auf die

Spur zu kommen gibt's nur eines: Sich gerade machen, Mund aufmachen, gegenüber den Vorgesetzten (wenn nötig mit Vertrauensmann) und dem Betriebsrat. Auch die zahlreichen Befragungen, ob Vorgesetztenbeurteilung oder Stimmungsbarometer kann man wunderbar nutzen! Da darf es nicht sein, dass es wenig Rücklauf gibt, oder etwa 100% Ergebnisse, wenn es „stinkt“!

Nur eine ungeschminkte Bewertung der täglichen Arbeitssituation ist für die Vorgesetzten lehrreich. Und richtig negative Ergebnisse führen dazu, dass sich mehrere Vorgesetztenebenen kümmern und auch der Betriebsrat. Das hilft vielleicht nicht im ersten Anlauf, ist aber besser als ducken. Und gemeinsam die Angst besiegen (die meistens unnötig ist) macht selbstbewusst und stark

meint jedenfalls

*Euer Fritz*

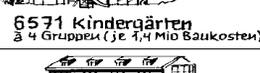
# Gezerre um Opel

Egal wie das unwürdige Gezerre ausgeht, für Freudenpartys besteht für die Opel-Kollegen in Rüsselsheim, Bochum, Eisenach und Kaiserslautern kein Anlass. Denn wenn die Bundesregierung ihren Plan umsetzt und Opel nach einer „Treuhand-Übergangslösung“ an Magna verschenkt, bedeutet das noch lange nicht die Rettung der 26000 Jobs. Es steht zu befürchten, dass es Magna darum geht, die Steuermilliarden abzuzocken, das Know-how von Opel mitzunehmen, sich der Überkapazitäten durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung zu entledigen – und dabei möglichst kein Risiko eingehen. Magna ist weder gewerkschaftsfreundlich noch steht der Konzern gut da, ebensowenig übrigens sein russischer Partner. Sowohl Fiat als auch Magna hatten im Vorfeld die europaweite Vernichtung von mindestens 12000 Opel/Vauxhall-Arbeitsplätzen angekündigt. Aufgrund der öffentlichen Empörung waren beide dann

zurückgerudert. Zuletzt hat Magna-Chef Stronach wohl noch mehr Versprechungen als Fiat gemacht, um an das Geld der deutschen Steuerzahler zu kommen. Die Regierung wiederum setzt darauf, die Zeit bis zur Bundestagswahl irgendwie zu überbrücken. Spätestens danach stehen Massenentlassungen und Betriebsschließungen auf der Tagesordnung, egal welcher Investor das Rennen gemacht hat. Uns scheint nach wie vor der Vorschlag der belgischen Gewerkschaften, die Überführung der europäischen Opel/Vauxhall-Betriebe in öffentliches Eigentum, z.B. in ein öffentliches europäisches Unternehmen, diskussionswürdig. Es kann nicht angehen, dass eine deutsche Lösung die Schließung anderer Standorte in Europa in Kauf nimmt. Selbst bei einer rein nationalen Lösung wäre das Modell der Landesbeteiligungen bei VW und der Salzgitter AG angesagt. Einhergehen müsste das mit einer drastischen Verkür-

zung der Arbeitszeit in der gesamten Branche, um die Überkapazitäten abzubauen. Mittelfristig müsste dann der Staatseinfluss bei Opel dazu genutzt werden, den Einstieg in den Ausstieg aus der klassischen Autoproduktion sozialverträglich einzuleiten. Sozusagen als Pilotprojekt für die ganze Branche. Aus Angst um die Arbeitsplätze und weil es keine konkreten Beispiele gibt, scheuen sich die betrieblichen Interessenvertretungen und die Vertrauenskörper noch, über diese Option laut nachzudenken. Eigentlich müssten die europäischen Gewerkschaften(EMB) dies vorantreiben, statt mit der Zustimmung zu Einkommenskürzungen den vorübergehenden Ausschluss von Entlassungen zu erkaufen. Erfreulich, dass die bewährte internationale Zusammenarbeit bei GM im Rahmen des Europäischen Betriebsrates wenigstens dazu geführt hat, dass man gemeinsam gegen drohende Betriebsstillegungen und Entlassungen vorgehen will!

## Waffen für den globalen Einsatz ... Waffen, die schon im Frieden zerstören ...

| Waffenprogramme <sup>1)</sup>  | Bundeswehr Bestellg./Mäng.                     | Kosten <sup>2)</sup>  | Zivile Alternativen <sup>3)</sup>   |
|--|--|-----------------------|---|
| <br>Eurofighter ab 2005                 | Stk. <b>180</b><br>à 128 Mio<br>(incl. Waffen) | <b>23,0</b><br>Mrd. € | <br><b>1840 Berufsbildungszentren</b><br>à 500 Azubis (je 12,5 Mio Baukosten) |
| <br>Kampfhubschrauber Tiger ab 2005     | Stk. <b>80</b><br>à 66 Mio<br>(incl. Waffen)   | <b>5,3</b><br>Mrd. €  | <br><b>828 Pflegeheime</b><br>à 60 Plätze (je 6,4 Mio Baukosten)              |
| <br>Transporthubschrauber NH/MH ab 2006 | Stk. <b>164</b><br>à 42 Mio                    | <b>6,8</b><br>Mrd. €  | <br><b>1744 Grundschulen</b><br>à 200 Schüler (je 5,9 Mio Baukosten)          |
| <br>Militär-Airbus A400M ab 2010        | Stk. <b>60</b><br>à 153 Mio                    | <b>9,2</b><br>Mrd. €  | <br><b>6571 Kindergärten</b><br>à 4 Gruppen (je 1,4 Mio Baukosten)            |
| <br>Schützenpanzer Puma ab 2007         | Stk. <b>410</b><br>à 9,5 Mio                   | <b>3,9</b><br>Mrd. €  | <br><b>557 Wohnheime</b><br>à 100 Plätze (je 7,0 Mio Baukosten)               |
| <br>Fregatte F125 ab 2014               | Stk. <b>4</b><br>à 650 Mio                     | <b>2,6</b><br>Mrd. €  | <br><b>520 Sport-/Mehrzweckhallen</b><br>à 2 Felder (je 5,0 Mio Baukosten)    |

1) Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2008 (Generalinspekteur Schneiderhahn März 2007)  
2) Kosten enthalten Beschaffungskosten + anteilige F+E und Erprobung  
3) Baukosten = reine Baukosten + Baunebenkosten (Honorare, Gebühren) –  
(nach Baukosten-Informationszentrum/BKI 2007 deutscher Architektenkammer)

isw grafik

# Kriegskosten immer höher

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr entwickeln sich zum Milliardengrab. Von 1992 bis 2008 wurden für Auslandseinsätze 11,5 Milliarden Euro ausgegeben. 917 Millionen allein im letzten Jahr für den Einsatz in Afghanistan. Gelder, die für andere Aufgaben, insbesondere für die soziale Sicherung fehlen. Wir brauchen ein Konjunkturpaket mit Investitionen in Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenpflege, nachhaltige Energie, eine andere, integrative Verkehrspolitik, Ausweitung der öffentlich

geförderten Beschäftigung. Dagegen brauchen wir keine Kriegseinsätze in Afghanistan, keine Eurofighter, Großtransportflugzeuge, Marschflugkörper, U-Boote, Laser- und Streubomben. Die 3800 deutschen Soldaten müssen sofort aus Afghanistan zurückgeholt werden. Wir verlangen von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Spart endlich an der Rüstung! (aus dem Aufruf der Friedensbewegung zur DGB-Demo in Berlin am 16.5.09)

## Agrosprit gebremst

Die von der Agrar- und Autolobby geforderte Einführung von Agrosprit ist etwas abgebremst worden. Der Bundestag hat Anfang Mai die Beimischungsquote für pflanzliche Kraftstoffe für den Zeitraum 2010 bis 2014 von den ursprünglich geplanten 7,75 auf 6,25 Prozent abgesenkt. Die Regelung betrifft einerseits sogenannten Agrodiesel, der aus Pflanzenölen gewonnen wird. Ausgangsprodukte sind meist Palm-, Soja- oder Rapsöl. Andererseits fällt Ethanol darunter, das als Benzinersatz verwendet und aus Zuckerrohr, Mais, Getreide, Zuckerrüben und ähnlichem gewonnen wird.

Für die Umweltorganisation »Rettet den Regenwald« ist die Absenkung ein »Schritt in die richtige Richtung«. Das Ziel müsse jedoch null Prozent sein. Der Agrosprit wird von Umweltschützern und Menschenrechtlern kritisiert, weil er mit Nahrungsmitteln um Anbauflächen konkurriert. Ein Bericht der Weltbank hatte ihm im letzten Jahr mit dem starken Anstieg der Nahrungsmittelpreise in Verbindung gebracht. Rund die Hälfte des 2007 in Deutschland verbrauchten Agrosprits bestand nach Angaben von »Rettet den Regenwald« aus importierten Soja- und Palmöl. Da für die Anlage der Sojafelder und Palmölplantagen z.B. in Indonesien, Malaysia und Brasilien massenhaft tropische Regenwälder vernichtet werden, nimmt der Agrosprit nicht nur den Armen in der dritten Welt die Nahrung weg, sondern wirkt sich auch negativ auf den Klimaschutz aus.



## 16. Mai Berlin

**"Wir sind sozial unruhig"**

**"Wir machen Alarm"**

**"Jetzt reicht's: Generalstreik"**

**"Der Mensch geht vor Profit"**

**"Eure Ordnung ist auf Sand gebaut"**

An Deutlichkeit ließ manch eine Losung vom 16. Mai, das symbolische Zu-Grabe-tragen des Kapitalismus nichts zu wünschen übrig. 100 000 Gewerkschafter aus der ganzen Bundesrepublik, dazu polnische, tschechische und italienische Abordnungen vereinigten ihre beiden Demonstrationen in Richtung Berliner Tiergarten am Ende von Aktionstagen der europäischen Gewerkschaften.

In Madrid, in Brüssel und Prag und eben auch in Berlin waren insgesamt 330 000 Menschen ihren Aufrufen gefolgt.

### Weiter mit Aktionen

Und es geht weiter und muss weiter gehen, damit uns nicht alle Lasten aufgebürdet werden!

Seit letzter Woche auch in Braunschweig immer wieder **Streiks der Erzieherinnen** für einen Gesundheitstarifvertrag und eine angemessene Entlohnung. „Arbeit darf nicht krank machen! - Von Arbeit muss man leben können!“ schreibt die DKP im Solidaritätsflugblatt. Das folgende Lied soll bei den Münchener Erzieherinnen zum Schlager geworden sein!

Weiter geht es vom **15.-19.Juni mit Aktivitäten zum Bildungsstreik**. Einer der

Slogans lautet: Bildung macht Zukunft, nicht die Banken.

Für den **18.6. geht es um die Aktion „Banküberfall“**. Die Aktivisten können sich auch auf Brecht berufen, der damals sinngemäß fragte: „Was ist der Überfall einer Bank gegen die Gründung derselben?“

Auch die SDAJ ist Teil des Bündnis Bildungsstreik. In ihrer Begründung heißt es u.a. „Politiker aller großen Parteien, Vorstände von Banken und Konzernen, Medien und Wirtschaftsinstitute überschlagen sich mit Vorschlägen, um Wege aus der größten Weltwirtschaftskrise seit Jahrzehnten aufzuzeigen. Dabei sind sie sich im Kern einig: Die Banken und Konzerne erhalten Unterstützung in Milliardenhöhe und die Bevölkerung hat die Lasten der Krise zu tragen. Was für Arbeiter und Angestellte Lohnabbau und Arbeitsplatzverlust heißt, für Hartz IV-Empfänger und Rentner Kürzungen der Leistungen, das heißt für uns SchülerInnen:

- Eine Schule zu ertragen, die wir mit immer mehr Stress, Ausgrenzung und Entmündigung verbinden.
- Eine Schule zu ertragen, die zunehmend einer Lernfabrik gleicht, in der wir zu funktionieren haben.
- Eine Schule zu ertragen, die auf unhinterfragbares Auswendiglernen für Prüfungen statt auf selbstständiges Begreifen und selbstbestimmtes Lernen setzt.“

**Solidarität ist angesagt!**

## Streiklied

(Text: Roter Wecker, Musik: Go West)

Wir streiken, weil es nicht mehr geht  
Wir streiken, weil's an allem fehlt  
Wir streiken, weil wir leben woll'n  
Die Chefs, die soll der Teufel hol'n.

Köpfe sind zum denken da  
Löhne nicht zum senken da  
ErzieherInnen hier in Scharen da  
Kinder sind nicht zum sparen da.

Gelder sind zum Holen da  
Kollegen nicht zum Verkohlen da  
Kämpfe sind zum Wagen da  
Menschen nicht zum Plagen da.

Wir streiken, weil es nicht mehr geht  
Wir streiken, weil's an allem fehlt  
Wir streiken, weil wir leben woll'n  
Die Chefs, die soll der Teufel hol'n.

Straßen sind zum Singen da  
Nicht nur zum Vorwärtsbringen da  
Bosse zum Überwinden da  
Arbeit ist nicht zum Schinden da.

Leben ist zum Leben da  
Niemals zum Aufgeben da  
Gewerkschaft ist für alle da  
Nur nicht für unsre Herren da.

Wir streiken, weil es nicht mehr geht  
Wir streiken, weil's an allem fehlt  
Wir streiken, weil wir leben woll'n  
Die Chefs, die soll der Teufel hol'n.

### Impressum:

Herausgeber:  
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel  
V.i.S.d.P.: Werner Hensel  
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

# FEST

## DER SOLIDARITÄT

**19.-21. Juni 2009**  
Dortmund Revierpark Wischingen

Konstantin Wecker kommt am 19. Juni 20.00 Uhr

Das größte Fest der Linken in Deutschland

Am 7. Juni 2009 **DKP** **DKP wählen**